

## **Haushaltsrede 2023 des stv. Fraktionsvorsitzenden Thomas Postina in der Sitzung der Gemeindevertretung am Donnerstag, 23.03.2023**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Ich möchte mich zunächst bei Herrn von Ah, Frau Rohs und ihren Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung bedanken, die in penibler Kleinarbeit versucht haben, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erstellen. Ihre Chancen dazu waren denkbar schlecht, angesichts bereits beschlossener kostenintensiver Projekte und Maßnahmen.

Hinzu kamen unabwendbare Ausgaben, die von der Gemeinde nicht zu beeinflussen sind, wie etwa die deutlich erhöhte Kreisumlage, Unsicherheiten über die Gehaltsforderungen im öffentlichen Dienst, die vom Ukrainekrieg verursachten Baukostensteigerungen und die steigenden Kreditzinsen. Damit war die Luft im Etat endgültig raus.

Hier rächt sich eine jahrelange freigebige Haushaltspolitik. Statt etwa durch Stärkung des Gewerbes und eine professionelle Wirtschaftsförderung für steigende Einnahmen zu sorgen, wurde das Geld der Bürger – von uns Gemeindevertreterinnen und -vertretern! – frisch, fromm, fröhlich, frei ausgegeben.

Von uns, das möchte ich einschränken: Die FDP hat sich immer – auch zum Verdruss mancher Bürger – für eine sparsame Haushaltspolitik eingesetzt. Wir waren immer gegen eine „Wünsch-Dir-Was-Politik“.

Es waren allen voran SPD und CDU, die stets freigebig ins Portemonnaie griffen – und zwar in die Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger. Denn die müssen die Zeche zahlen. Es passt ins Bild, dass Sie [gerichtet an die genannten Fraktionen der SPD und CDU, Anm. d. Red.] jetzt, wo den Einwohnern die Rechnung präsentiert werden muss, Ihre Hände in Unschuld waschen und mit den Fingern auf andere zeigen.

Das „Forum am Rathaus“ ist lediglich das letzte und größte Projekt, dem sich die Mehrheit von SPD und CDU in der Gemeindevertretung bei den Bürgern lieb Kind machen wollten, und mit dem sie uns auf Jahre hinaus unserer Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten beraubt hat. Gut 13 Millionen der insgesamt 23 Millionen Euro neuer Investitionskredite entfallen auf das Forum. Die Zins- und Tilgungslast steigt damit von 300.000 Euro im vergangenen Jahr auf 1,2 Millionen, die Tilgung auf 1,1 Millionen Euro.

Und was das Forum am Ende wirklich kosten wird, das steht in den Sternen. Sicher ist dagegen, dass die Gesamtverschuldung der Gemeinde bis Ende 2023 auf 36 Millionen Euro steigen wird.

Die fällige Übernahme von Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde wird die FDP weder der SPD noch der CDU abnehmen.

Bemerkenswert ist, dass die SPD die Folgen aus dieser Entscheidung, nämlich eine erhebliche Grundsteuererhöhung, nicht mittragen möchte. Auch wird die von der CDU vorgeschlagene Haushaltskosmetik, bitter notwendige Investitionen in öffentliche Straßen und Gebäude einfach zu kürzen, nur zu Einem führen: noch höhere Kosten für die später einsetzenden Instandsetzungen in den nächsten Jahren. Bestes Beispiel: Die Sport- und Kulturhalle.

Die Verwaltung zu schelten, wie es insbesondere die SPD in jüngster Zeit gerne tut, ist dürftig. Allerdings – und hier ergeben sich Fragenzeichen – muss die Verwaltung die Entscheidungsgrundlagen so transparent aufbereiten, wie es der Landesrechnungshof erwartet: stets die Folgekosten berechnen und kommunizieren, damit sachgerechte Beschlüsse möglich sind. Dies ist aus unserer Sicht nicht immer ausreichend geschehen.

An der finanziellen Situation Seeheim-Jugenheims wird sich auf Jahre hinaus nichts Wesentliches ändern. Da hilft es auch nichts, wenn – wie bei den Verhandlungen um den Haushalt geschehen – hier mal 10.000 Euro und dort mal 3.500 Euro aus den Plänen gestrichen werden. Das sind Peanuts, mit denen sich die grundsätzlichen Probleme nicht beheben lassen.

Die Gemeindevertretung wird künftig viele – oft durchaus berechtigte – Wünsche nicht erfüllen können. Strikte Ausgabenpolitik, die Konzentration auf das absolut Notwendige wird in den nächsten Jahren die Kommunalpolitik prägen. Doch hat die Mehrheit der Volksvertreterinnen und -vertreter in diesem Raum den Mut, die notwendigen Schritte einzuleiten und nach außen zu vertreten?

Ich fürchte: Nein. Selbst der jetzt zur Abstimmung stehende Haushaltsplan verschleierte eher die Lage, selbst wenn er – was nicht ausgemacht ist – den Segen der Aufsichtsbehörde bekäme. Daher kann sich die FDP nicht zur Zustimmung durchringen. Wir lehnen ihn ab.

Denn ist es besser, der Haushaltsplan scheitert, und die Verwaltung muss mit der vorläufigen Haushaltsführung fortfahren, als dass wir uns weiter durchzuwursteln. Denn unter der Knute der Aufsicht wird wirklich gespart.

Dann ist nur noch Geld für die Investitionen und Aufträge da, die bereits beauftragt sind; aber nicht für Neues. Dies wird wahnsinnig schmerzhaft – aber es bewirkt hoffentlich ein Umdenken und dämpft das Anspruchsdenken.

Denn die Leistungen der Gemeinde werden von vielen Bürgerinnen und Bürgern als Selbstverständlichkeit angesehen. Ihnen ist nicht bewusst, dass z.B. jeder Einwohner, jede

Einwohnerin – ob erwachsen oder Kind – mit 80,59 Euro im Jahr das Schwimmbad subventioniert, um nur ein Beispiel zu nennen.

Ich befürchte, den Bürgerinnen und Bürgern ist die dramatische finanzielle Lage unserer Gemeinde überhaupt noch nicht klar. Deshalb werden die nun nötigen Leistungseinschränkungen und Steuererhöhungen vielfach auf Unverständnis treffen. Forderungen nach weiteren Leistungsausweitungen und finanzieller Unterstützung durch die Gemeinde sind nur vor dem Hintergrund der Unkenntnis der Lage zu verstehen.

Daher beantragt die FDP, dass alle Haushalte ein Informationsblatt mit den finanziellen Kerndaten der Gemeinde erhalten, einschließlich einer Auflistung des Zuschussbedarfs für die gemeindlichen Einrichtungen sowie der in 2023 geplanten Investitionen, ähnlich wie es die Gemeinde Stockstadt vormacht.

Außerdem fordern wir, den Vorschlag des Landesrechnungshofs aufzugreifen und einen „ständigen Konsolidierungskreis“ einzurichten, der auch ohne parteipolitische Scheuklappen Fragen zu den freiwilligen Leistungen, zur Straßenausbaubeitragssatzung sowie der Hebung von Liquiditätsreserven durch Aktivierung von Grundstücken und Liegenschaften ausleuchtet – also eine Art „Informeller Kreis 2.0“, wie er auf Anregung der FDP auch vor den aktuellen Haushaltsberatungen zusammentrat. Der kann dann – hoffentlich – dafür sorgen, dass im Bürgermeister-Wahlkampf nicht wieder Versprechen gemacht werden, die am Ende doch nicht zu halten sind.